

Weko nimmt Hafenterminal unter die Lupe

Logistik Kräne, Schienen, Strassen sowie ein neues Hafenbecken für über 300 Millionen Franken sind der Wettbewerbskommission suspekt. Die genaue Prüfung des Vorhabens in Basel ist das Resultat eines jahrelangen Streits.

Patrick Griesser

Das grösste Logistikprojekt der Schweiz steht seit gestern unter Vorbehalt: Die Wettbewerbskommission (Weko) wird das im Basler Hafen geplante Containerterminal Gateway Basel Nord vertieft prüfen. Schon heute sind die Schweizerischen Rheinhäfen mit rund einem Viertel der wichtigste Umschlagplatz für Container. Der Stellenwert für die Landesversorgung dürfte noch deutlich wachsen, sollte das über 300 Millionen Franken teure Projekt tatsächlich realisiert werden.

Das Vorhaben ist allerdings seit Jahren umstritten und beschäftigt neben der Weko inzwischen auch das Bundesverwaltungsgericht. Der sonst eher zurückhaltende Basler Volkswirtschaftsdirektor Christoph Brutschin (SP) sprach zwischenzeitlich von einer «ausgewachsenen Hafenschlagerei».

Projekt in zwei Etappen

Mit SBB Cargo, dem Transportunternehmen Hupac, den Schweizerischen Rheinhäfen und der Logistikfirma Rhenus stehen bekannte Namen aus der Branche hinter dem Terminal: Ihr Ziel ist es, den grössten Umschlagplatz für Container in der Schweiz zu bauen, in dem Schiene, Strasse und der Wasserweg miteinander verknüpft werden. Entstehen sollen die Anlagen samt einem neuen Hafenbecken bis 2024 in Kleinhüningen. Zwei Etappen sind geplant. Zuerst sollen bis Ende 2020 die Kräne und Schienen sowie Strassen für den Umschlag zwischen Zug und Camion gebaut werden. In einem zweiten Schritt soll unter Führung der Rheinhäfen das Hafenbecken entstehen.

Der Entscheid der Weko ist ein Dämpfer für die Basler Ambitionen. Erst in vier Monaten werden die Beteiligten wissen, ob die eigenen Pläne der Prüfung standhalten. Die Kommission sieht «Anhaltspunkte», dass das Terminal «eine marktbeherrschende Stellung begründen oder verstärken könnte». Vorausgegangen ist ein jahrelanger Konflikt, ob der Bau des Terminals überhaupt notwendig ist und wer diesen betreiben soll. Während die Befürworter von steigenden Containermengen auf dem Rhein ausgehen, bezweifeln Gegner des Terminals diese Entwicklung.

Viel Steuergeld könnte in das Projekt fliessen: Neben dem Basler Regierungsrat, der Anfang Januar 115 Millionen Franken beim Kantonsparlament für den Bau des Hafenbeckens beantragt hat, steht auch der Bund als Financier bereit. Das Bundesamt für Verkehr (BAV) hatte vergangenen Sommer nach über zweijähriger Prüfung 83 Millionen Franken für den Bau des Terminals zugesagt.

Gegen diesen Entscheid hatte die im Baselbiet ansässige Swissterminal AG im September Beschwerde beim Bundesverwaltungsgericht eingelegt. Swissterminal ist wie die Rhenus-Tochter Contargo im Containerumschlag tätig und unter anderem auf dem Westquai im Hafen Kleinhüningen ansässig. Dieser soll ab 2029 als Fläche für die Stadtentwicklung

genutzt werden und ab dann den Logistikfirmen nicht mehr zur Verfügung stehen, wie das Kantonsparlament im Jahr 1999 beschlossen hatte.

Gutachten aus Zürich

Für Swissterminal ist die vertiefte Prüfung der richtige Schritt: Man habe bereits seit langem auf eine Vielzahl wettbewerbsrelevanter Fragen beim geplanten Terminal hingewiesen. Zuspruch erhält das Unternehmen dabei unter anderem von Patrick Krauskopf, Wettbewerbsrechtler an der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften. Dieser schrieb in einem Gutachten, welches die Wirtschaftskammer Baselland in Auftrag gegeben hat, dass durch das Terminal eine marktbeherrschende Stellung im Containerverkehr entstehen könnte.

Die Planungsgesellschaft des Terminals mit SBB Cargo, Hupac und der Rhenus AG ist derweil überzeugt, dass die Weko die Gesellschaft genehmigen wird, wie eine Sprecherin sagte.

Alltag in Kleinhüningen: Am Rhein in Basel ist der grösste Umschlagplatz für Container in der Schweiz geplant. Foto: Gaëtan Bally (Keystone)